

Episode 5 –

Was bedeutet es, Verantwortung im politischen Raum zu übernehmen?

Hallo, liebe Hörerinnen und Hörer. Ich heiße Sie herzlich willkommen zur vierten Episode meines Podcasts „**Ich plädiere für ...**“. Ich bin Vera Junker und ich plädiere heute dafür, den Begriff der politischen Verantwortung wieder mit Inhalt zu füllen und mit konkreten Konsequenzen zu verbinden.

Was bedeutet eigentlich „**politische Verantwortung**“?

Meines Erachtens erschließt sich dieser Begriff am besten durch Abgrenzung zu anderen Formen der Verantwortung. Nehmen wir als Beispiel die **rechtliche Verantwortung**. Sie kommt bei einem Verstoß gegen rechtliche Verhaltensregeln zum Tragen und ist die Voraussetzung dafür, dass jemand für sein Handeln haftet, sei es strafrechtlich oder zivilrechtlich.

Die **politische Verantwortung** knüpft demgegenüber nicht an den Rechtsverstoß an, sondern an die Haltung, die in dem Verstoß zum Ausdruck kommt. Schummelt beispielweise ein Politiker bei der Abrechnung seiner Fahrten mit dem Dienstwagen, kann dies einerseits eine Steuerhinterziehung bzw. ein Betrug sein; andererseits kommt in seinem Verhalten eine Haltung zur Rechtsordnung zum Ausdruck, die ethisch verwerflich ist; insbesondere vor dem Hintergrund der **Vorbildfunktion**, die er als hoher Vertreter des Staates ausfüllen sollte.

Die politische Verantwortung umfasst neben der **Haltung zu persönlichem Fehlverhalten** aber auch den Aspekt **der Haltung zu eigenen Misserfolgen** und zu **Fehlleistungen derer, die dem Politiker unterstellt sind**.

Ich beginne mit dem ersten Aspekt – **dem der Haltung zu persönlichem Fehlverhalten** und bleibe bei dem Beispiel des falschen Umgangs mit Dienstwagen nebst Fahrer – ein Klassiker unter den Verfehlungen. Wie ich aus eigener Erfahrung weiß, können die Fragen zur korrekten Nutzung des Dienstwagens je nach gewähltem Abrechnungsmodus einen nicht unerheblichen Aufwand bedeuten.

Darf ich beispielweise während einer Dienstreise einen Einkauf erledigen, wenn ich dabei von der Fahrtroute abweiche? Welche Aufgaben darf ich meinem Fahrer übertragen, usw., usw. usw. Über all diese Fragen kann und sollte ich mich bei Übernahme eines entsprechenden politischen Amtes informieren, statt sich immer neue kreative Ideen auszudenken, warum der eigene Arztbesuch oder das Abholen des Ehepartners vom Bahnhof eigentlich doch Dienstgeschäfte sind.

Man kann sich fragen, warum immer mal wieder eine Ministerin oder ein Minister über den Umgang mit ihrem Dienstwagen stolpert und nach kürzerer oder längerer Diskussion in der Öffentlichkeit zurücktreten muss. Rein wirtschaftlich betrachtet bringen die „Dienstwagen-Schummeleien“ meist nur geringe Vorteile. Warum passieren sie dennoch immer wieder?

Die Antwort liegt scheinbar – wie so oft – in der Einstellung der Betroffenen zu ihrer Funktion. Sie sind in ihren Ministerien die Chefs und es wird als Zumutung empfunden, sich angesichts der vielen **wirklich wichtigen** Aufgaben, die man als Spitzenpolitiker erledigen muss, auch noch um solche „Kleinigkeiten“ wie die Dienstwagenregelungen kümmern zu müssen.

An dieser – eher profanen- persönlichen Fehleinschätzung lässt sich die von mir beschriebene Haltung gut ablesen. Man kann sich nun fragen, ob angesichts der eher geringen finanziellen Vorteile, die die Benutzung des Dienstwagens zu dienstfremden Zwecken mit sich bringt, die Forderung nach einem Rücktritt nicht übermäßig streng ist. Meine Antwort auf diese Frage lautet klar: „Nein“, eine Rücktrittsforderung ist richtig, denn entscheidend ist die Haltung, die in diesem Verstoß zum Ausdruck kommt. Ich kann nicht von den Bürgern fordern, die Gesetze einzuhalten, und deren Befolgung – wenn es erforderlich ist – zwangsweise durchsetzen, während ich mich selbst über Regeln hinwegsetze. Das widerspricht der Vorbildfunktion, die unsere Spitzenpolitiker ausfüllen sollten.

Man könnte nun weiter argumentieren, es sei doch schwer verständlich, dass ein Minister zurücktreten solle, weil er in eine Dienstwagenaffäre verwickelt ist, während

der jeweilige politische Amtsinhaber bei **schweren politischen Fehlern** meist im Amt bleibe. Diese relativierende Sichtweise überzeugt jedoch nicht. Wenn bereits ein Fehler mit den objektiv geringeren Schäden den Rücktritt eines Ministers rechtfertigt, dann erst recht derjenige, der viel größere Auswirkungen hat.

Dass dies in der Realität im Allgemeinen nicht geschieht, spricht nicht dafür, auch bei den kleineren Verfehlungen keine Konsequenzen ziehen zu müssen, sondern vielmehr dafür, bei den großen Fehlern viel deutlicher und unnachgiebiger Rücktrittsforderungen an den Amtsinhaber zu stellen. Es ist schlimm genug, dass diejenige oder derjenige, die mit ihrer Politik zum Teil immense wirtschaftliche Schäden und Vertrauenseinbußen angerichtet und damit auch ihr Amt massiv geschädigt haben, nicht die Einsicht und das Ehrgefühl haben, **von sich aus** von ihrem Amt zurücktreten oder sich einfach an die Regeln zu halten.

Beispiele dieser Art finden sich in den letzten Jahren gehäuft, ob es der ehemalige Verkehrsminister Andreas Scheuer mit dem Pkw-Maut-Desaster, der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn sowie der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach mit ihrem Umgang mit der Corona-Pandemie sind. Jedem von Ihnen fallen sicher noch andere Beispiele ein.

In all diesen Fällen ist bereits durch die Fehlleistung des Amtsinhabers an sich meist ein großer Schaden entstanden. Was die Menschen nicht verstehen, ist, dass Regierungsmitglieder bei Fehlleistungen nicht ähnlich zur Verantwortung gezogen werden wie jeder Ingenieur, Handwerker oder Verkäufer, der eine Schlechtleistung erbringt und sich anschließend neben einer rechtlichen Haftung auch einer massiven Rufschädigung ausgesetzt sieht.

Im politischen Bereich ist die **natürliche Reaktion** auf eine schwere Beschädigung des Vertrauens der Bevölkerung die **Übernahme der Verantwortung durch einen Rücktritt**. So wird dokumentiert, dass man Respekt hat vor dem Volk als Souverän und dem Amt, das einem ja nur „geliehen“ wurde. Der allseits bekannte Politiker-Satz *„Ich übernehme die politische Verantwortung“* ist ohne weitere Konsequenzen für den Amtsinhaber seltsam hohl und entlarvt sich für den Bürger als inhaltsleere

Phrasendrescherei. Die ebenso bekannte wie bittere Reaktion der Bürger lautet: „Für die da oben gelten die normalen Maßstäbe nicht“. Und damit haben sie Recht.

Nun zum **zweiten Aspekt der politischen Verantwortung**, nämlich der Haltung zu politischen Misserfolgen: Damit meine ich nicht persönliche Fehlleistungen, deren Misserfolg wegen schlechter Vorbereitung oder Ausführung schon im Ansatz abzusehen war, sondern die Situationen, in denen sich ein politisches Vorhaben trotz aller Bemühungen nicht durchsetzen lässt.

Natürlich ist auch das **Nichterreichen eines politischen Ziels** ein Misserfolg, jedoch nicht mit dem Makel der vorwerfbaren Schlechtleistung verbunden. Was bedeutet dies nun für die Konsequenzen aus einem solchen Misserfolg? Wenn man die Parallele zur Wirtschaft zieht, dann bedeutete ein solches Scheitern nicht gleich das „Aus“ für eine Geschäftsidee. Manche Idee braucht etwas länger, um sich durchzusetzen. Stellt sich aber auch nach einiger Zeit kein Erfolg ein, wird das Geschäftskonzept ad acta gelegt, um Raum für neue, erfolgversprechendere Investitionen zu schaffen.

Dies ist im politischen Raum oft nicht so. Agiert z. B. eine Person in einem Regierungs- oder Parteiamt bei der Umsetzung einer politischen Idee glücklos, so wäre eigentlich rechtzeitig der Absprung zu finden, um entweder die politische Idee zu begraben oder einen besseren Kandidaten zu ihrer Umsetzung zu finden. Auch hier ist die Einsichtsfähigkeit der Amtsinhaber jedoch allzu oft begrenzt. Meist hängt an ihnen auch noch eine ganze Entourage an Unterstützern, die ebenfalls weder die Idee los lassen wollen noch den Amtsinhaber auswechseln wollen. All dies behindert die notwendige Dynamik in der Politik, lässt Strukturen erstarren und schreckt potenzielle politische Talente ab.

Die Einsicht, für ein bestimmtes politisches Amt nicht, noch nicht oder nicht mehr geeignet zu sein, ist nicht sehr verbreitet. Eine solche Einsicht setzte nämlich voraus, dass man seine eigenen Stärken und Schwächen realistisch einschätzen kann. Für

einen Aufstieg in der Politik mag es derzeit reichen, in den Medien und der eigenen Partei omnipräsent zu sein und bei vielen Themen ein paar mehr oder weniger rhetorisch geschickte Phrasenbrocken von sich zu geben. Für eine gute, solide politische Arbeit reicht das allerdings nicht. Diese Erkenntnis rückt allzu oft in den Hintergrund.

Zusammenfassend kann ich feststellen, dass es eine **weitere Möglichkeit** gibt, politische Verantwortung zu übernehmen, nämlich sich regelmäßig Rechenschaft darüber abzulegen, ob meine Ziele noch erreicht werden können oder sollen und ob ich die passende Person bin, sie umzusetzen.

Es bleibt der **dritte Aspekt der Übernahme von Verantwortung** in der Politik, nämlich die Haltung zu den **Fehlleistungen derer, die dem Politiker unterstellt sind**.

Die Älteren unter Ihnen werden sich noch an den früheren Bundesinnenminister Rudolf Seiters erinnern, der 1993 von seinem Amt zurücktrat, weil ein Polizeieinsatz gegen den RAF-Terroristen Wolfgang Grams im mecklenburgischen Bad Kleinem in den Medien in die Kritik geraten war. Minister Seiters begründete seinen Rücktritt damit, dass er die politische Verantwortung für den umstrittenen Einsatz übernehme und so signalisieren wolle, dass nichts vertuscht werden solle.

In der Konstellation der Verantwortungsübernahme für die **Fehlleistungen anderer** ist der Amtsinhaber am weitesten von einem Vorwurf persönlichen Versagens entfernt. Man könnte also argumentieren, dass es in einer solchen Situation eigentlich keinen Grund für einen Rücktritt gebe. Das ist jedoch meines Erachtens zu kurz gedacht.

Es gibt in der Politik Situationen, in denen z.B. ein Minister, in dessen Geschäftsbereich sich umstrittene Vorfälle ereignen, an denen er nicht einmal durch bloße Kenntnis beteiligt ist, dennoch einen Rücktritt in Erwägung ziehen sollte, um Schaden vom Amt abzuwenden. Das sind die Fälle, in denen dem Betroffenen schlicht das politische Glück fehlt. Das mag für ihn persönlich schwer zu akzeptieren

sein. Aus Gründen der politischen Hygiene kann es aber genau das Richtige und auch das Nötige sein.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so geht: Eigentlich sind meine Ausführungen zur Frage der Verantwortung in der Politik Selbstverständlichkeiten; dennoch wirken sie angesichts der derzeitigen „Klebepraxis“ mancher Amtsinhaber seltsam aus der Zeit gefallen. Warum kleben diese Amtsinhaber aber so lange erfolgreich an ihren Stühlen und fügen mit ihrer Chuzpe den Ämtern und Aufgaben, die man ihnen übertragen hat, Schaden zu?

Meine Antwort darauf lautet: **Weil man sie lässt.**

Es ist eben nicht nur Sache der Opposition, Rücktritte von Regierungsmitgliedern zu fordern. Auch die anderen Mitglieder der Regierung, die Regierungsfractionen und die Regierungsparteien sind in der Pflicht, auf einen Rückzug zu drängen, wenn er im Interesse der Sache und des Amtes erforderlich ist. Ebenso darf die Öffentlichkeit sich nicht durch das „Aussetzen des Problems“ in ihrer Aufmerksamkeit ablenken lassen. Hier sind auch die Medien gefordert, nicht nach einem aufgedeckten Missstand sogleich zur Tagesordnung überzugehen. Es muss den „**Postenklebern**“ durch öffentlichen Druck schwer gemacht werden, sich am Platz zu halten, wenn sie nicht aus eigener Erkenntnis zu der Einsicht kommen, ihr öffentliches Amt zu räumen.

Wie immer an dieser Stelle auch hier wieder eine Erkenntnis meines Ehemannes zum Thema:

„Warum sind „Klimakleber“ weniger anstrengend als „Postenkleber“? Weil es leichter ist, sie von ihrem Platz zu entfernen.

Und auch hier wieder der Hinweis: Ich gendere in meinem Podcast nicht, weil dadurch meiner Ansicht nach nicht nur der Sprachfluss, sondern auch die Verständlichkeit leiden. Es sind also – egal, welches Geschlecht ich gerade verwende - immer auch die jeweils anderen gemeint.

Wenn Ihnen mein Podcast gefällt, dann sagen Sie es weiter und abonnieren ihn. Gefällt er Ihnen nicht, schweigen Sie einfach höflich darüber. Sie finden ihn neben den bekannten Podcast-Plattformen und bei YouTube auch über meine Website **vera-junker.com**. Dort gibt es die einzelnen Episoden nicht nur zum Hören, sondern auch in schriftlicher Form.

Bis zur nächsten Episode, Ihre Vera Junker